

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/233

6. Dezember 1976

Die Profi-Kampagne des Franz-Josef Strauß

Kreuther Handstreich soll mit allen Mitteln abgesichert werden

Von Lothar Schwartz
Sprecher des Vorstandes der SPD

Seite 1 und 2 / 59 Zeilen

Kohl hat praktisch schon verloren

Der CDU-Vorsitzende hat Strauß bisher nicht begriffen

Von Dr. Alfons Bayerl MdB
Vorsitzender der Landesgruppe bayerischer SPD-Bundestags-
abgeordneter

Seite 3 und 4 / 61 Zeilen

Mit Paukenschlägen ist gar nichts getan!

Die CDU versucht sich wieder in harter DDR-Politik

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB
Mitglied des Bundestags-Ausschusses für innerdeutsche
Beziehungen

Seite 5 und 6 / 58 Zeilen

"Verriß" ist keine Politik

Anmerkungen zu der "Kritik" an einer Frau

Seite 7 / 38 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

Herausgabe: 2-10, 6300 Bonn 12
Postfach 20 408
Presshaus 1. Zimmer 217-224
Telefon: 21 90 38-38
Telefax: 08 85 845-42 ppcn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Die Profi-Kampagne des Franz-Josef Strauß

Kreuther Handreich soll mit allen Mitteln abgesichert werden

Von Lothar Schwartz

Sprecher des Vorstandes der SPD

Der CDU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß und seine mit allen Wassern der Agitation und Intrige gewaschenen politischen und publizistischen Helfer ziehen sämtliche Register und Strippen, um den gescheiterten Kanzlerkandidaten und verzweifelt um sein politisches Überleben in der Spitze der Opposition kämpfenden Dr. Helmut Kohl endgültig auszumanchieren. Zu diesem Zweck läßt Strauß seit vier Tagen seine überregionalen Hilfstruppen mobilisieren und marschieren. Aus der scheinbaren Defensive heraus hat die Strauß-Truppe ein Kombinationsspiel über den rechten Flügel in unserer politischen Landschaft aufgezogen. Dabei handelt es sich keineswegs um Entlastungsaktivitäten, sondern um offensive Operationen, die den Beschluß von Kreuth und seinen Praeceptor in ihrer postulierten geschichts- und erfolgsträchtigen strategischen Weisheit bestätigen sollen.

Das Drehbuch der Kampagne ist nach Dramaturgie und Inszenierung das Werk von eiskalten Profis. Als sich der mehrfach übertölpelte und gedemütigte CDU-Vorsitzende im Duell mit seinem zum sadistischen Peiniger gewordenen parteipolitischen Vormund und Dumpteur endlich einmal auf der Siegerstraße wähnen zu können glaubte, verpaßten sie ihm mit Hilfe der Springer-Presse und einem verlorenen Fähnlein ins politische und persönliche Abseits geratener ehemaliger Sozialdemokraten einen knallharten Konter.

Der vom sogenannten "Flegschiß" des Hauses Springer vorbereitete und von den Sonntagsblättern des Konzerns in riesigen Lettern ins öffentliche Bewußtsein gehämmerte Coup lief unter den Stichworten "Rebellion" und "Abspaltung" bei der SPD. Mit dieser bewußten und nur noch elephantös zu nennenden Überbewertung einer Veranstaltung, die der nicht ganz neuen konspirativen Zusammenarbeit zwischen dem "Büro Strauß" und einem disqualifizierten ehemaligen SPD-Mitglied ihr Zustandekommen und einer auf solche "Spezialitäten" angesetzten Springer-"Sonderredaktion" in Bonn ihre Aufbereitung für

die Öffentlichkeit verdankt, soll die Folgerichtigkeit des Mandatreiche von Kreuth und damit die Klar- und Weitsicht seines Oberregisseurs dokumentieren.

Welche Strategie der große Vorsitzende der CSU und seine offenen und heimlichen Kombattanten damit verfolgen, läßt sich der Ausgabe der "Welt" vom vergangenen Freitag entnehmen, in der unter der Überschrift "Strauß rechnet mit Abspaltungen bei SPD und FDP" zu lesen war: "Nach Informationen der 'Welt' will Strauß zunächst darauf hinwirken, daß nach dem Trennungsbeschuß von Kreuth von CDU und CSU keine weiteren Fakten - wie etwa durch eine beiderseitige Ausdehnung - geschaffen werden. Vielmehr sollte nach Ansicht des CSU-Vorsitzenden abgewartet werden, ob sich aufgrund der Fraktions-trennung Abspaltungen bei SPD und FDP ergeben. Sollten keine Veränderungen im politischen Spektrum eintreten, so könnten sich CDU und CSU in einem oder zwei Jahren wieder zusammenfinden."

Am Wochenende ist denn auch endgültig klar geworden, daß Strauß bei diesem Spiel auf Zeitgewinn Assistenz auch in der CDU-Führung erwarten kann. Der hessische Landesvorsitzende Dr. Alfons Dregger ist jedenfalls mit von der Partie und auch Baden-Württemberg Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger wird es schon richten helfen, damit die Rechnung aufgeht: Der Chef der Rechtsausleger in den "Unionen"-Parteien muß unbeschadet über den ihm auferzwungenen und damit unausweichlich gewordenen ersten Sonderparteitag in der Geschichte der CSU kommen und seine Kreise dürfen auch bei der bayerischen Landtagswahl 1978 nicht gestört werden.

Am Wochenende ist aber auch deutlich geworden, daß der CDU-Vorsitzende und halbierte Oppositionsführer Dr. Helmut Kohl dieses Manöver, ihn erneut zu verschaukeln und ihn samt den "Nordlichtern" während der neuen Legislaturperiode auszublenden oder zumindest dauerhaft vom "Kreuz des Südens" überstrahlen zu lassen, endgültig durchschaut hat. Nach dem dritten Termin nochmaliger Schlichtungsverhandlungen zwischen den Duellanten und ihren Sekundanten müßte man deshalb eigentlich umgehend Klarheit erwarten, ob Dr. Kohl aus dieser Erkenntnis die praktischen Konsequenzen ziehen darf, mit denen er ständig droht, oder ob sein Abstieg unaufhaltsam geworden ist. Jedenfalls steht er in diesen Tagen am Kreuzweg seiner politischen Laufbahn.

(-/6.12.1976/va/ee)

+ + +

Kohl hat praktisch schon verloren

Der CDU-Vorsitzende hat Strauß bisher nicht begriffen

Von Dr. Alfons Bayer: MdB

Vorsitzender der Landesgruppe bayerischer SPD-Bundestagsabgeordneter

Der schmutzige Krieg zwischen CSU und CDU hat deutlich gemacht, was dem deutschen Volk dadurch erspart geblieben ist, daß die als einige Schwestern aufgetretenen "Unions"-Parteien die Bundestagswahlen verloren haben. Dieser schmutzige Krieg wäre, so unvorstellbar dies sein mag, noch viel härter und übler ausgeartet, hätten die beiden Parteien die Wahlen gewonnen und wäre es dann um die "Verteilung" der direkten Macht zwischen Strauß und Kohl gegangen. Da es zunächst um einen - die Beteiligten ließen ihrem Vokabular freies Spiel - Krieg zwischen der Verlierern geht, kann der direkte Schaden für die Bundesrepublik durch die stabile Politik der Regierungsparteien SPD und FDP aufgefangen werden.

Klargeworden ist schon jetzt, trotz der "Einigungskomödie" zwischen den Spitzen von CSU und CDU, daß der CDU-Vorsitzende und neue CDU-Fraktionschef Dr. Helmut Kohl im totalen Krieg mit Franz-Josef Strauß der Unterlegene sein wird. Kohl hat praktisch schon verloren, nur kann und will er selbst, sicherlich verständlich, diese Niederlage noch nicht eingestehen. Sein überwältigendes Wahlergebnis zum Fraktionsvorsitzenden ist so gesehen schon auf einer Welle des Mitleids entstanden.

Die "Einigungsgespräche" haben rein kosmetischen Charakter, die an der Niederlage Kohls nichts ändern werden. Für Strauß haben diese Gespräche gewissermaßen die Funktion eines "Sauerstoffzeltes" für einen ausgeknockten Kohl. Sicherlich spielt der Kreuther Beschluß eine überragende Rolle; gerade jetzt, nach dem Kohl-Ultimatum, Strauß wird immer Sieger bleiben im "Unions"-Gemetzel. Entweder erreicht Strauß in der Gesprächsrunde, daß der Kreuther Beschluß im nachhinein sanktioniert und von seiner Anrüchigkeit befreit wird, dann dürfte Kohl pikanter Weise den "Coup" mittragen. Fällt Kreuth vom Tisch, und Strauß ließ inzwischen erkennen, daß er auch dazu bereit wäre, so hat Kohl auch dafür zu bezahlen. Im Klartext: Strauß wird dann der "Union" seinen

Stempel endgültig aufdrücken. In beiden Fällen gewinnt Strauß vor allem Zeit für seine weiteren Pläne, und in beiden Fällen ist der größte Teil der CDU/CSU-Wähler betrogen.

Dr. Kohls Hoffnungen auf angeblich liberale Kräfte in der CSU-Basis, seine Hoffnungen auf einen Sonderparteitag, werden sich als Hülse erweisen. UnÜbereehbar ist die Hauptkritik aus der CSU am "Kreuther Magenbitter" auf rein formale Kriterien umgeleitet worden. Der aus der CSU ausgetretene Erlanger Staatsrechtler Prof. Obermayer bezeichnete die CSU als eine Partei, "die sich von ihrem Vorsitzenden manipulieren läßt..." Diese Einsicht wird auch Kohl gewinnen müssen.

Die Kohlsche Tragik wird menschlich erst so recht faßbar, wenn man versteht, wie wenig Kohl den CSU-Vorsitzenden und die CSU bisher begriffen hat. Sonst hätte er seine eigene, nach CDU-CSU-"Einigungsgesprächen" am 17. November 1975 selbst verlesene Presseerklärung besser im Gedächtnis bewahrt und sich vielleicht anders verhalten müssen; nicht nur kurzfristig den starken Mann spielen dürfen, sondern langfristig planen müssen. Die Erklärung vom 17. November 1975 lautet: "Die CSU hat nicht die Absicht, sich bundesweit auszudehnen. Dabei vertreten die beiden Parteivorsitzenden nachdrücklich ihre gemeinsame Meinung, daß es für eine weitere politische Partei in der politischen Landschaft der Bundesrepublik keinen sinnvollen Platz gibt, wenn die beiden Unions-Parteien in allen entscheidenden politischen Problembereichen die gleiche Auffassung geschlossen vertreten. Ich werde meine volle Autorität als Parteivorsitzender und Kanzlerkandidat in diesem Sinne einsetzen."

Spätestens nach den bayerischen Landtagswahlen 1978 wird Dr. Kohl, einst oftmals als "Schwarzer Riese" apostrophiert, vom CSU-Vorsitzenden auf Pygmäen-Format gebracht sein. Ob CDU und CSU dann noch gemeinsam marschieren, spielt keine so große Rolle. Vereint schlagen werden diese Parteien allemal, aber sie werden auch kein bißchen wählbarer sein für liberale Wähler, wie zahlreiche kluge Menschen in letzter Zeit wohlmeinend äußerten. Auch eine von Strauß "befreite" CDU wird kein Deutsches liberales sein. Die Dreggers, Filbingerer u.a.m. werden schon dafür sorgen; mit und ohne Kohl. Auch der Wirtschaftsrat der Union wird nicht auf seine Dominanz verzichten wollen, nur weil Strauß scheinbar allein marschiert. Und bisher vermochte dieser Wirtschaftsrat seine Vorstellungen immer noch durchzusetzen.

(-/6.12.1976/va/ee)

+ + +

Mit Paukenschlägen ist gar nichts getan !

Die CDU versucht sich wieder in harter DDR-Politik

Von Dr. Heinz Krautzmann MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Mit viel Getöse hat die DDR in diesen Tagen den 30. Jahrestag der Gründung ihrer Grenztruppen gefeiert. Höchste Würdenträger rühmten das "Heldentum" und die "Tapferkeit" der "Wächter an der Staatsgrenze". Ein reiches Ordenssegeln, fein süberlich abgestuft nach Dienstgraden, ergoß sich von oben nach unten. Man hörte viel von einem "heroischen Kampf gegen verbrecherische Elemente und Grenzverletzer"; eine Antwort auf die Frage, was diese Grenzsicherungsmaßnahmen an Arbeitskräften und materiellen Kosten dem DDR-Staatsvermögen an Produktivkraft wegnehmen, hörte man nicht.

Die CDU hat diese Feierlichkeiten zum Anlaß genommen, die wie sie meint, "lasche" Bundesregierung, wieder einmal "auf Trab bringen" zu müssen". Sie erhob die Forderung, "den schrittweisen Abbau der unmenschlichen Zustände an der Demarkationslinie zu einem vorrangigen Verhandlungsthema mit der DDR zu machen und dabei ein Junktim zwischen wirtschaftlichen und finanziellen Themen herzustellen." Sie forderte weiter, "weltweit die öffentliche Meinung für dieses Ziel zu mobilisieren", z.B. mit Hilfe einer Dokumentation, die dazu dienen müsse, "die DDR politisch-moralisch zu zwingen, nicht länger diesem Verhandlungsthema auszuweichen".

Nun, gerade der oben erwähnte Gedenktag in der DDR gibt Anlaß, die Frage zu stellen, was die CDU in den zwanzig Jahren ihrer Regierungstätigkeit eigentlich getan hat, um die kühnen Forderungen, die sie heute stellt, damals dazu zu benutzen, um die Situation an der Grenze zur DDR, wie sie entstanden und ist, zu verhindern? Mit ihren Versuchen, auf dem Wege wirtschaftliche Sanktionen etwas zu erreichen, ist sie doch damals kläglich gescheitert, und sie war froh gewesen, als sich der Interzonenhandel wieder ohne viel Aufsehen einpendelte. Mit Vorstößen bei den Vereinten Nationen aber, auf die der CDU-Abg. Dr. Mende, der damals ja noch bei der FDP und sogar dessen Vorsitzender war, so gern hinweist, hat sie doch nichts anderes erreicht, als daß man über sie zur Tagesordnung ging und sie in Akten-

schränken vergrub. Zu Direktverhandlungen mit der DDR selbst ist es jedoch damals überhaupt nicht gekommen, weil man nicht einmal bereit war, die Existenz der DDR überhaupt zur Kenntnis zu nehmen.

Summa summarum: Man machte in Nichtanerkennung zum Nachteil der betroffenen Menschen in beiden Teilen Deutschlands, die dafür die Zechen zu bezahlen hatten. Die Grenze wurde in dieser Zeit immer dichter. Der Schießbefehl wurde damals erlassen und nicht heute, wie man anhand der CDU-Agitation zeitweise glauben machen möchte. Von einer weltweiten Agitationswelle haben wir in jener Zeit jedenfalls nie etwas gehört. Es wäre im Übrigen auch wohl das erste Mal gewesen, daß sich ein kommunistisches Land durch wirtschaftlichen und moralischen Druck etwas abzwängen ließe.

Die Bundesregierung der sozialliberalen Koalition ist hier einen anderen Weg gegangen, weil sie deutlich erkannt hatte, daß mit der Politik der Paukenschläge und großen Worte nichts zu erreichen war. Sie hat die Begegnungsmöglichkeiten der Menschen im geteilten Deutschland in vorher nie erwarteter Weise erweitern können. Sie hat im Rahmen der Familienzusammenführung und der Häftlingsentlassungsaktionen Tausende von menschlichen Problemen zu lösen vermocht. Sie hat über den Interzonenhandel auch mit dazu beigetragen, daß die Lage der Menschen im anderen deutschen Staat wesentlich verbessert wurde. Ihnen hat in erster Linie ihre Politik gegolten. Und wenn in diesen Tagen selbst in dem Springer-Blatt "Die Welt" zu lesen war, es gebe Anzeichen dafür, daß der Schießbefehl an der Grenze gemildert wurde, dann sollte man auch darin einen Fortschritt sehen und diese Nachricht nicht mit der Feststellung herunterspielen, nach den vielen Todeaschüssen könne sich Ostberlin das nun erlauben. Die Lage an der Grenze ist damit erträglicher geworden, wenn sie auch lange nicht als zufriedenstellend bezeichnet werden kann.

Wir haben daher keinen Grund, eine Politik der leichtfertigen Abenteuer zu beginnen. Mit Paukenschlägen ist man noch nie einer schwierigen Lage Herr geworden!

(-/6.12.1976/va/ea)

+ + +

"Verriß" ist keine Politik

Anmerkungen zu der "Kritik" an einer Frau

Politik, oder was sich darum herum bewegt, ist ein gnadenloses Gewerbe. Menschen, denen man eben noch zujauchzte und für die man nicht genug Zeitungsseiten bereitstellen konnte, um ihre Fähigkeiten zu loben, werden mit derselben Unbekümmertheit, mit der man sie emporjubelte, wieder vom Podest gezerrt und, wie es im Berufsjargon so zu Herzen gehend heißt: verrissen. Zu dieser Blitzwandlung im sozusagen eigenen Urteil kommt es aus mancherlei Gründen, deren Wichtigkeit allzu oft dem Urteil entpricht: Ein lax hingeworfenes Wort, ein verärgertes Mienspiel, die bis dahin gezügelte und jetzt wieder rasch aufblühende Arroganz der Karrieristen und die flexible Bereitschaft der die Geschichte begleitenden sich der angeblichen oder vermuteten neuen Variante flink anzupassen.

Hier wird von Marie Schlei gesprochen, der Berliner SPD-Abgeordneten und Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundeskanzler, für die dem Bonner am 1.12. zufolge bei der Kabinettsumänderung angeblich die Bahr-Nachfolge im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit bereitstehen soll. Es wird hier nicht darüber gesprochen, ob der Bundeskanzler diese Möglichkeit in Erwägung gezogen hat oder vielleicht sogar schon eine Vorentscheidung getroffen haben könnte. Und es wird hier nicht darüber gesprochen, daß man sich mit der Frage beschäftigt, ob einer solchen Möglichkeit zuzustimmen oder ob sie zu bedenken wäre.

Gesprochen wird hier davon, daß diese Marie Schlei sich in der Aufgabe im Kanzleramt, in die sie zu vielleicht manchens Überraschung, aber gegen niemandens Protest berufen wurde, gut bewährt hat. Sie hat sich für diese Aufgaben mit allen Kräften eingesetzt und den Kontakt Kanzler-Fraktion sauber und vital erhalten. Wer sie im Wahlkampf erlebt hat, weiß welches ureprüngliche politische Talent hier für die SPD und die sozialliberale Koalition Punkte gesammelt hat. Daß die gelehrte Berlinerin Marie Schlei einem herzhaften Berliner Wort zuneigt, macht sie noch liebenswerter, aber ganz gewiß nicht kauzig und schon ganz und gar nicht schrullig.

Wenn man also den "Verriß" liest, der Marie Schlei - schenken wir uns hier ihre Lebens- und Leidens- und Dennoch-Geschichte, die allein schon zur Zurückhaltung zwingen müßte - angehängt werden soll, dann wird man stutzig: Wer's vielleicht doch wieder die Frau, die sich in Männergefilde drängte? Dann wär's bei dem "Verriß" ja immerhin noch Dummheit, die hier mitmischt. Und das wäre dann aber auch das Äußerste an Zuegeständnis. "Politik" steht sowieso außer Ansatz.

Erhardt Eckert
(-/6.12.1976/va/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert